

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	21
Erster Teil: Einführung.....	25
A. Thema der Untersuchung.....	25
I. Arbeit im Gefängnis.....	25
II. Allgemeine Fragestellung.....	27
III. Konkreter Gang der Untersuchung.....	27
B. Methodisches Vorgehen.....	28
I. Historische Entwicklungen der Gefängnisarbeit.....	28
II. Analyse und Bestand der aktuellen Situation.....	29
1. Charakterisierung von „Zwangsarbeit“.....	29
2. Verfassungs- und völkerrechtliche Determinanten der Sozialversicherung.....	30
C. Zielsetzung der Untersuchung.....	31
Zweiter Teil: Die Entstehung der modernen Freiheitsstrafe in West- und Mitteleuropa.....	33
A. Gründung der ersten Zuchthäuser und Gefängnisse – 16. Jahrhundert.....	33
B. Abkehr vom Behandlungsvollzug.....	35
C. Wiederbelebung der Resozialisierungsidee als Folge der Aufklärung.....	35
D. Abschreckung und Vergeltung als Maßgaben des Strafvollzugs im Dritten Reich.....	39
E. Zusammenfassung.....	40
Dritter Teil: Arbeitspflicht, Entlohnung und Sozialversicherung im Strafvollzug.....	41
A. Entstehung des Strafvollzugsgesetzes.....	41
B. Zielsetzung und Grundsätze des Strafvollzugs nach dem StVollzG.....	42
C. Die Arbeitspflicht des Strafgefangenen gemäß § 41 Abs. 1 StVollzG.....	46
D. Gesetzliche Regelung und Formen der Gefangenenarbeit.....	48

E. Die Entlohnung der Strafgefangenen	50
I. § 200 StVollzG a.F.	50
II. Entgeltanspruch gemäß § 200 StVollzG n.F.	51
III. Lohnverwendungsmöglichkeiten	53
IV. Kosten im Gefängnis	54
F. Die Einbindung des Gefangenen in die Sozialversicherung	55
I. Unfallversicherung	56
II. Arbeitslosenversicherung	56
III. Krankenversicherung	56
IV. Rentenversicherung	57
 Vierter Teil: Verfassungsrechtliche Überprüfung der §§ 41, 200, 190-193 StVollzG	 59
A. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 01.07.1998 – BVerfGE 98, 169	 59
I. Sachverhalt	59
II. Entscheidungsgründe	62
III. Abweichende Meinung Richter Kruis	65
B. Geltung der Grundrechte im Strafvollzug	66
C. Verfassungsrechtliche Maßgabe für den Strafvollzug – das Resozia- lisierungsgebot	 69
D. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht gemäß § 41 StVollzG mit Verfassungs- recht	 71
I. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG	71
II. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG	72
1. Schutzgehalt des Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG	72
a) Auslegung des Begriffs „Zwang zu einer bestimmten Arbeit“	 74
(1) Wortlaut	74
(2) Historische Auslegung	75
(3) Systematische Auslegung	76
(4) Teleologische Auslegung	76
b) Auslegung des Begriffs „Zwangsarbeit“	78
(1) Wortlaut	78
(2) Historische Auslegung	78
(3) Systematische Auslegung	81
(4) Teleologische Auslegung	81
c) Auswertung der Rechtsprechung zu den Begriffen Arbeitszwang und Zwangsarbeit	 82
(1) Obergerichtliche Rechtsprechung	82

i)	Zwangsarbeit bei einer unfreiwillig aufgenommenen Vollzeittätigkeit.....	82
ii)	Arbeitszwang bei Teilzeittätigkeit, deren Nichterfüllung geahndet wird.....	83
iii)	Keine Zwangsarbeit bei zeitlicher und sachlicher Begrenzung der Tätigkeit.....	84
(2)	Rechtsprechung des BVerwG, BSG und BVerfG	85
i)	Zeitlich befristeter Militärdienst ist gerechtfertigter Arbeitszwang im Sinne von Art. 12 Abs. 2 GG.....	85
ii)	Arbeitszwang nur bei höchstpersönlicher Verpflichtung.....	85
iii)	Zwangsarbeit nur bei Unfreiwilligkeit, verstanden als gesetzliche Verpflichtung zu einer Tätigkeit.....	86
iv)	Arbeitszwang bei Erfüllung einer gemeinnützigen Tätigkeit.....	87
v)	Differenzierung der Begriffe „Arbeitszwang“ und „Zwangsarbeit“ nur fallbezogen und unter Berücksichtigung von Art. 1 Abs. 1 GG möglich.....	88
vi)	Zusammenfassung Arbeitszwang und Zwangsarbeit in der Rechtsprechung	89
d)	Auswertung der in der Literatur vertretenen Ansichten	90
(1)	Arbeitszwang und Zwangsarbeit nur bei Zwang zu beruflicher Tätigkeit	90
(2)	Unterscheidung zwischen Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach dem Zweck der Arbeit	91
(3)	Keine Differenzierung zwischen Arbeitszwang und Zwangsarbeit	93
(4)	Wortlaut und Trennung der Absätze bedingt inhaltliche Differenzierung.....	95
(5)	Arbeitszwang bei rechtlicher Verpflichtung.....	96
(6)	Verbot des Arbeitszwangs als Verhinderung von Lohndumping	97
(7)	Zusammenfassung Arbeitszwang und Zwangsarbeit in der Literatur.....	97
e)	Zwischenergebnis.....	97
f)	Vergleich zu Fragestellungen des Sozialrechts	98
(1)	Grundstruktur der Regelungen von SGB II und SGB XII	98
(2)	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	99

(3) Sanktionen im SGB II bei Ablehnung zumutbarer Arbeit.....	100
(4) Zumutbare Arbeit	100
(5) Vergleich zur Rechtslage in der Schweiz.....	101
(6) Leistungskürzung als Eingriff in Art. 12 GG	102
i) Argumentation von Rechtsprechung und Literatur.....	103
α) Keine Beeinträchtigung von Art. 12 Abs. 1 GG	103
β) Keine Beeinträchtigung von Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG	103
ii) Stellungnahme und eigene Auffassung.....	104
(7) Zusammenfassung.....	109
g) Charakterisierung der Zwangsarbeit – Zusammenfassung und eigener Ansatz.....	109
(1) Zusammenfassung.....	109
(2) Eigener Ansatz zum Begriff „Zwangsarbeit“ – unfreiwillige Arbeit zu „schlechten“ Bedingungen	110
i) Zwangsarbeit = Arbeit zu Bedingungen, die von dem in einer Gesellschaft gegebenen Rechtsrahmen abweichen	110
ii) Widerlegt durch „vergoldete“ Zwangsarbeit?.....	111
α) Vorgehen der West-Alliierten	112
β) Vorgehen der Sowjetunion.....	113
iii) Bestätigung des eigenen Ansatzes unter Berücksichtigung des historischen Kontextes	114
(3) Subsumtion der Gefängnisarbeit	115
2. Eingriff	125
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	125
4. Ergebnis.....	130
III. Vereinbarkeit mit Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG – Resozialisierungsgebot.....	130
1. Arbeitspflicht als Kern der Resozialisierung	131
2. Verstoß gegen das Resozialisierungsgebot durch die Arbeitspflicht.....	131
3. Vergleich zur Schulpflicht	132
4. Stellungnahme	134
IV. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	135
1. Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung	137
2. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	137
3. Ergebnis.....	138

E. Vereinbarkeit der Entlohnung gemäß §§ 43 Abs. 1, 200 StVollzG mit Verfassungsrecht	138
I. Vereinbarkeit mit Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG – Resozialisierungsgebot	138
1. Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung – obergerichtliche Rechtsprechung	139
2. Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung – Literatur	141
3. Bundesverfassungsgericht: Neuregelung noch verfassungsgemäß!	142
4. Stellungnahme	143
a) Marktferne der Gefängnisarbeit	143
b) Keine Erhebung eines Haftkostenbeitrags	145
c) Entstehung einer gefängnisinternen Subkultur bei höher Vergütung	145
d) Verlust von Arbeitsplätzen bei weiterer Erhöhung der Vergütung	146
e) Weitere Erhöhung der monetären Entlohnung kein Garant für Resozialisierung	146
f) Zulässige Kombination monetärer und nicht monetärer Entlohnung	148
g) Ergebnis	151
II. Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 1 GG	151
1. Schutzbereich	152
2. Eingriff	152
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	153
F. Vereinbarkeit der Regelungen der §§ 190–193 StVollzG mit Verfassungsrecht	154
I. Suspendierung der Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung, § 198 Abs. 3 StVollzG	155
II. Einbeziehung in die Rentenversicherung aufgrund der Arbeitstätigkeit	155
III. Folgen der fehlenden Einbeziehung in die Rentenversicherung	157
IV. Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 GG	158
1. Schutzbereich	158
2. Eingriff	160
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	161
a) Urteil des 5. Senates des Bundessozialgerichts vom 26.05.1988	162
b) Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 14.11.2000	165

c) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Kassel vom 02.07.2003.....	166
d) Auswertung der Urteile und Verhältnismäßigkeitsprüfung.....	167
(1) Einschränkung des Urteils BVerfGE 75, 78 auf bestimmte Personengruppen.....	167
(2) Berücksichtigung individueller Verhältnisse im Rahmen der Verhältnismäßigkeit.....	169
(3) Verhältnismäßigkeit der Regelung aufgrund eigenverantworteter Versorgungslücken.....	172
(4) Ergebnis der Verhältnismäßigkeitsprüfung	173
4. Ergebnis.....	173
V. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	174
1. Differenzierung zwischen Strafgefangenen im freien Beschäftigungsverhältnis und Strafgefangenen, die in Unternehmer- oder Hausbetrieben tätig werden	174
a) Rechtlich relevante Ungleichbehandlung.....	174
(1) Ungleichbehandlung.....	174
(2) Relevanz des gesetzgeberischen Unterlassens.....	174
i) Rechtlich relevante Bindung durch § 198 Abs. 3 StVollzG	175
ii) Verletzung grundgesetzlicher Schutzpflichten	176
b) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	179
(1) Rechtfertigung aufgrund unterschiedlicher Zweckrichtung der Arbeit	179
(2) Rechtfertigung aufgrund Freiwilligkeit der Tätigkeit im Freigang	180
(3) Rechtfertigung aufgrund möglicher Destabilisierung der Rentenversicherung.....	180
(4) Rechtfertigung aufgrund finanzieller Belastung der Länderhaushalte	181
c) Ergebnis	183
2. Differenzierung zwischen Arbeitnehmern der freien Wirtschaft und Strafgefangenen.....	183
a) Rechtlich relevante Ungleichbehandlung.....	183
b) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	184
c) Ergebnis	184
G. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung	185

Fünfter Teil: Völkerrechtliche Überprüfung der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG.....	187
A. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit universellem Völkerrecht	188
I. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem Recht der IAO.....	188
1. Auslegung und Rechtsnatur der IAO-Übereinkommen.....	188
a) Auslegung völkerrechtlicher Verträge gemäß Art. 31 ff. WVK.....	189
b) Auslegung von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	190
2. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht mit IAO-Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105.....	191
a) Historische Entwicklung des Zwangsarbeitsverbots	191
(1) Entwicklung des Sklavereiverbots seit dem 18. Jahrhundert.....	191
(2) Entwicklung des Zwangsarbeitsverbots bis heute	196
(3) Zusammenfassung historische Entwicklung	199
b) Bedeutung der Verbote von Sklaverei und Zwangsarbeit.....	200
(1) Voraussetzungen für die Bildung von Völkergewohnheitsrecht und zwingendem Völkerrecht (ius cogens).....	200
(2) Völkerrechtliche Bedeutung des Sklavereiverbots.....	201
(3) Völkerrechtliche Bedeutung des Zwangsarbeitsverbots.....	203
c) Aktueller Begriff der Zwangsarbeit der IAO-Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105	204
(1) Begriff der Sklaverei und sklavereiähnlicher Praktiken.....	204
i) Entrechtung des Betroffenen	205
ii) Unfreiwilligkeit der Rechtsstellung oder Lage.....	207
iii) Wirtschaftliche Ausbeutung des Betroffenen	207
iv) Abhängigkeitsverhältnis?.....	208
v) Rassistische Diskriminierung?	208
vi) Zusammenfassung	208
(2) Begriff der Zwangsarbeit im Sinne der Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105.....	209
i) „Arbeit“	211
ii) „Androhung einer Strafe“	211
iii) „Freiwilligkeit“	211
iv) Unbeachtliche Merkmale.....	212
(3) Abgrenzung zwischen Sklaverei und Zwangsarbeit.....	212

d)	Besonderheit der Tätigkeit in Gefängnissen	213
(1)	Arbeit unter öffentlicher Aufsicht	213
(2)	Kein Verdingen, kein Überlassen an private Individuen oder Unternehmen	214
(3)	Kumulatives Vorliegen der Merkmale „staatliche Aufsicht“ und „kein Verdingen“	215
e)	Prüfung der Tätigkeit in Unternehmerbetrieben an den Merkmalen der IAO	216
f)	Kollision zwischen deutschem Recht und Völkerrecht.....	220
(1)	Kein Verstoß gegen IAO-Übereinkommen Nr. 29.....	220
(2)	Keine Bezugnahme des BVerfG auf Auslegung des Sachverständigenausschusses.....	223
(3)	Bestätigung eines Völkerrechtsverstoßes – Anmerkung Kleszczewski	224
(4)	Stellungnahme – Feststellung eines Völkerrechtsverstoßes.....	225
i)	Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG – Bindung der Bundesrepublik Deutschland an völkerrechtliche Verträge.....	225
ii)	Bindungswirkung von Entscheidungen und Auslegungsergebnissen internationaler Gerichte – Görgülü-Beschluss.....	228
iii)	Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die Auslegung des IAO-Sachverständigenausschusses?.....	229
α)	Keine geschriebene Kompetenz zur Auslegung der Übereinkommen.....	230
β)	Konkludente Kompetenz zur Auslegung des Übereinkommens?	230
γ)	Bindung an die Auslegung des Sachverständigenausschusses?	233
(5)	Folgen des festgestellten Völkerrechtsverstoßes	237
i)	Sanktionen	237
ii)	Bindung über pacta sunt servanda	237
iii)	Bindung über Art. 25 GG	238
iv)	Zusammenfassung	239
g)	Vereinbarkeit der Tätigkeit Strafgefangener in Eigenbetrieben mit dem IAO-Übereinkommen Nr. 29	239
3.	Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit IAO-Übereinkommen Nr. 102 und Nr. 128.....	240
a)	IAO-Übereinkommen Nr. 102	240
b)	Übereinkommen Nr. 128.....	242

c) Implementierung eines Schutzes bedürftiger Bevölkerungsgruppen	243
4. Ergebnis	244
II. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem IPbpR	244
1. Allgemeines	244
a) Parallele Regelungen zu weiteren völkerrechtlichen Menschenrechtsverträgen	244
b) Kontrollmechanismen und Individualschutz im IPbpR	245
c) Auslegung des IPbpR	245
d) Unmittelbare Anwendbarkeit oder Staatenverpflichtung?	246
2. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit konkreten Gewährleistungen	249
a) Art. 8 Abs. 3 lit. a) IPbpR	249
b) Art. 10 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 IPbpR – Menschenwürde und Wiedereingliederung	249
(1) Konkretisierung durch General Comment No. 9 und No. 21	249
(2) Konkretisierung durch Mindestgrundsätze für die Behandlung Strafgefangener?	250
(3) Konkretisierung durch Art. 7 IPbpR?	253
c) Art. 23 Abs. 1 IPbpR – Schutz von Ehe und Familie	254
d) Art. 26 IPbpR – Diskriminierungsverbot	254
(1) Konkretisierung durch General Comment No. 18	255
(2) Prüfung am Maßstab des Art. 26 IPbpR	256
i) Diskriminierung aufgrund eines „sonstigen Status“	256
ii) Rechtfertigung der Diskriminierung	257
e) Ergebnis zur Prüfung des IPbpR	258
III. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem IPwskR	258
1. Allgemeines	258
a) Überblick über die Gewährleistungen des IPwskR	258
b) Völkerrechtliche Wirkung	259
c) Innerstaatliche Wirkung	260
2. Vereinbarkeit der Regelung zur Entlohnung mit Art. 7 a) IPwskR	261
3. Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit Art. 9 IPwskR	261
a) Inhalt des Art. 9 IPwskR – General Comment No. 19	262
b) Prüfung am Maßstab des Art. 9 IPwskR	264
(1) Art. 9 IPwskR als subjektives öffentliches Recht?	264

(2) Handlungsverpflichtung des Gesetzgebers aus Art. 9 IPwskR?	264
i) Verletzung von Art. 9 IPwskR.....	265
ii) Bindung an die Auslegung des Sozialausschusses	266
iii) Rechtfertigung oder Ausgleich der Beeinträchtigung	268
c) Folgen des Völkerrechtsverstoßes.....	270
4. Ergebnis	270
B. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit regionalem Völkerrecht.....	270
I. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit der EMRK	271
1. Allgemeines	271
a) Wirkung der EMRK im innerstaatlichen Recht	271
b) Besonderheit der EMRK – die Individualbeschwerde	271
c) Bedeutung des EGMR für die Auslegung und Anwendung der EMRK	273
2. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht gemäß § 41 Abs. 1 StVollzG mit Art. 4 Abs. 2 EMRK.....	274
a) Begriff der Zwangsarbeit der EMRK.....	274
(1) Van der Mussele ./ Belgien	275
(2) Schmidt ./ Deutschland.....	277
(3) Sokur ./ Ukraine u.a.....	278
(4) Siliadin ./ Frankreich	278
(5) Zusammenfassung der Rechtsprechung des EGMR.....	280
b) Vereinbarkeit der Arbeit in Unternehmerbetrieben mit Art. 4 Abs. 2 EMRK	280
(1) Zwangsarbeit im Sinne von Art. 4 Abs. 2 EMRK	280
(2) Ausnahmetatbestand nach Art. 4 Abs. 3 EMRK	281
i) Van Drogenbroeck ./ Belgien	281
ii) Weitergehende Bezugnahme auf Auslegung des Sachverständigenausschusses	282
iii) Auslegung des Ausnahmetatbestands	282
c) Verletzung des Zwangsarbeitsverbots durch Arbeit in sonstigen Betriebsformen.....	284
d) Ergebnis	284
3. Vereinbarkeit der Entlohnung mit Art. 8 Abs. 1 EMRK	284
4. Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit der EMRK.....	284
a) Art. 1 1. Zusatzprotokoll zur EMRK – Eigentumsschutz.....	284

b) Diskriminierungsverbot, Art. 14 EMRK i.V.m. Art. 1 1. ZP EMRK	287
c) Verbot der erniedrigenden Behandlung, Art. 3 EMRK.....	288
5. Ergebnis	290
II. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit der ESC.....	290
1. Allgemeines	290
a) Entstehung und Bedeutung der ESC	290
b) Überblick über Inhalt und Kontrollsystem der ESC.....	291
c) Mittelbare Bindungswirkung der ESC	293
2. Vereinbarkeit der §§ 41, 198–200 StVollzG mit konkreten Gewährleistungen der ESC.....	294
a) Vereinbarkeit der Arbeitspflicht mit Art. 1 Abs. 2 ESC	294
b) Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit Art. 12 ESC	294
(1) Art. 12 Abs. 1 ESC.....	294
(2) Art. 12 Abs. 2 ESC.....	295
(3) Art. 12 Abs. 3 ESC.....	295
3. Ergebnis	297
C. Ergebnis der völkerrechtlichen Untersuchung	297
I. Feststellung des Ist-Zustandes.....	297
II. Wünschenswerte Regelung	298
Sechster Teil: Gesamtbetrachtung.....	299
Literaturverzeichnis	305